

# Calmer Calwblatt

Nr. 253

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 5mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 50 RT., Familienanzeigen 25 RT., Reklamen 200 RT. x Schlüsselzahl. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. Montag, den 29. Oktober 1923. Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 280000000 RT. monatlich. Postbezugspreis 280000000 RT. ohne Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Neueste Nachrichten.

Poincaré hat wieder einmal eine seiner üblichen Sonntagsreden gehalten, in der er zu den schwebenden außenpolitischen Fragen Stellung nahm. Er erklärte wiederholt, daß Frankreich das Ruhrgebiet erst nach Sicherstellung der deutschen Reparationen räumen werde, und nach „Sicherung“ der französischen Grenzen. Der Gedanke der Abtrennung des Rheinlandes von Deutschland wird also festgehalten, obwohl Poincaré zum so- undsovielen Male der Welt vorheuchelt, daß Frankreich keine Annexionen beabsichtige. Mit dem englischen Vorschlag der Ernennung einer Sachverständigenkommission, die unter der Oberleitung der Reparationskommission die deutsche Zahlungsfähigkeit feststellen soll, ist Poincaré einverstanden, nur muß die letzte Entscheidung der Reparationskommission vorbehalten bleiben. Gleichzeitig betont aber Poincaré, daß Frankreich der Herabsetzung der deutschen Reparationen nicht zustimmen werde. Die Verschleppungspolitik geht also weiter. Das schreiben auch die französischen Zeitungen ganz offen, indem sie betonen, daß von den Beratungen der Sachverständigenkommission nichts zu erwarten sei, solange Amerika den Standpunkt vertritt, daß die Frage der Regelung der interalliierten Schulden nicht mit der Reparationsfrage verknüpft werden dürfe. Die Franzosen wollen also nicht nur gegenüber Deutschland, sondern auch gegenüber England und Amerika ihre Erpressungskünste erproben.

Auf englischen Vorschlag soll jetzt die amerikanische Regierung wie gewünscht von sämtlichen Alliierten eingeladen werden, zu der geplanten Sachverständigenkonferenz einen Delegation zu entsenden. Man wird gut tun, auf diesen schwerfälligen Apparat, dessen Tätigkeit nach Besieben in die Länge gezogen werden kann, nicht allzu viel Hoffnung zu setzen.

Eigentümlich ist es, daß sowohl von englischer wie tschechischer Seite die deutsche Industriel Konkurrenz nach der Regelung der Reparationsfrage als gefährlich dargestellt wird. Solche Darstellungen müssen in der Arbeiterschaft der alliierten Staaten aufreizend wirken. Zu welchem Zweck? Will man die Arbeiter darauf vorbereiten, daß eine völlige Vernichtung der deutschen Konkurrenz besser ist?

Der Konflikt der Reichsregierung mit Bayern und Sachsen drängt zur Entscheidung. Die Reichsregierung hat an die sächsische Regierung die Aufforderung zum Rücktritt gestellt, die diese dem Landtag zur Entscheidung vorlegen wird. An die bayrische Regierung wurde die Aufforderung zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände gerichtet, d. h. zur Anerkennung der militärischen Oberhoheit über die bayrische Reichswehr. Der Reichspräsident hat in Bayern, die sozialistischen Reichsminister haben in Sachsen vermittelnd eingegriffen.

## Greifen England und Amerika in 12. Stunde ein?

Der deutsche Reichskanzler hat in seiner Rede in Haguen vor den Vertretern der besetzten Gebiete der Auffassung Ausdruck gegeben, daß jetzt der Kampf an Rhein und Ruhr wohl den Höhepunkt erreicht habe. Daß wir am Wendepunkt des Kampfes stehen, das zeigt die gewaltigen Anstrengungen der Franzosen in den letzten Wochen, sowohl im Ruhrgebiet wie im Rheinland und in der Pfalz einerseits, andererseits aber auch die wiederholte Aktivität der andern Alliierten. Die Notwendigkeit der Einstellung des passiven Widerstandes infolge der Unmöglichkeit der weiteren Finanzierung desselben durch das Reich hatte Poincaré und seine Hinterleute zu dem Eindruck gelangen lassen, daß Frankreich jetzt nur noch Gelegenheit nehmen müsse, die Wiederaufnahme von Verhandlungen über das Ruhrgebiet und das Rheinland mit allen Mitteln zu verschleppen, um schließlich das unvermeidlich eintretende wirtschaftliche Chaos und die darauf folgende Hungersnot zur Verwirklichung des konsequent erstrebten Loslösungsziels auszunützen. Poincaré vertrat in Verfolgung dieses Ziels also den Standpunkt, daß er die von der deutschen Regierung gewünschten Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet ablehnen müsse, solange nicht der „ursprüngliche Zustand“ im Ruhrgebiet wiederhergestellt sei, und die Reparationsleistungen wieder aufgenommen worden seien. Solche Forderungen wurden gestellt, obwohl Poincaré sich bewußt war, daß die Franzosen selbst es waren, die das Ruhrgebiet durch ihren brutalen Eingriff still-

gelegt und zu sofortiger Wiedererbetriebnahme unfähig gemacht hatten. Weiter wurde die Bedingung der Bezahlung der von den Franzosen erhobenen Kohlensteuer gestellt, die, wie sich Poincaré wohl bewußt war, weder von Reichs- noch von industrieller Seite getragen werden konnte. Die sich zum Dienst meldenden ausgewiesenen Beamten sollten nur „nach Bedarf“ wieder aufgenommen werden, damit man die inzwischen eingestellten Franzosen und Landesverräter nicht entlassen brauchte. Und schließlich verlangte die französisch-belgische Eisenbahnregie, daß man ihr die rheinischen Bahnen einfach abtreten sollte. Man sieht an diesen kurz skizzierten Forderungen schon, daß Poincaré mit ihrer Ablehnung rechnen mußte, weil die Annahme die völlige Kapitulation Deutschlands bedeutete hätte, und die Preisgabe der staatlichen Hoheitsrechte sowohl im Ruhrgebiet wie im Rheinland nach sich gezogen hätte. Um dieses Ziel zu erreichen, versuchte man die deutsche Regierung überhaupt von den Verhandlungen auszuschalten, einmal aus Verschleppungsgründen, zum andern, um eventuell die Ruhrindustriellen gegen die Reichsregierung auszuspielen. Und schließlich und zuletzt sollte im Zusammenhang mit allen diesen Verwirrungs- und Erpressungsmanövern der Separatistenputsch den endgültigen Schlag führen, damit man sich bei der Loslösung der rheinischen Gebiete auf den „Willen der Bevölkerung“ stützen konnte. Die Reichsregierung und die Mehrzahl der Ruhrindustriellen haben die Forderungen als unerfüllbar abgelehnt, und der Putsch im Rheinland ist da, wo er nicht offen von den französischen Besatzungstruppen unterstützt worden ist, schmählich zusammengebrochen. Wir werden nun abwarten müssen, ob auf den Protest der deutschen Regierung hin die französischen Militärs die Unterdrückung der Landesverräter aufgeben. In der Pfalz hat der französische Kommissar ja schon seinen Rückzug angetreten, nachdem er gesehen hat, daß die gesamte Bevölkerung die „Autonomie“, so wie sie General de Metz verstand, ablehnte.

Der erste Generalsturm Frankreichs auf die Rheinlande wäre also abgeschlagen, ob ein zweiter unternommen wird, das wird ganz wesentlich davon abhängen, welche Zusammenhängekraft das deutsche Volk in den nächsten Tagen und Wochen aufbringt, d. h. wie weit der deutsche Gemeinschaftsgeist noch fähig ist, Partei- und Wirtschaftsegoismus dem nationalen Gedanken zu unterordnen. Ist es nicht merkwürdig, daß gerade in dem Augenblick, in dem die Loslösungsbestrebungen der Franzosen im Rheinland und in der Pfalz ein jämmerliches Fiasko erlitten haben, in dem die deutsche Regierung die unverdächtige Forderung nach Abtretung ihrer Verwaltungshoheit über die rheinischen Bahnen mit gebührender Bemerkung abgelehnt hat, in dem die Ruhrindustrie sich weigert, auf unannehmbare wirtschaftliche Bedingungen einzugehen, nun auf einmal England und Amerika die Sprache wieder finden! Aus Brüssel und London lagen am Samstag Nachrichten vor, wonach die amerikanische Regierung die Anregung eines Zusammenwirkens aller alliierten Regierungen an einer Regelung der Reparationsfrage gegeben habe, bzw. die Ernennung eines beratenden Sachverständigen-Ausschusses durch die Reparationskommission (1) vorschläge. Die englische Regierung hatte sich an die Washingtoner Regierung gewandt, um die Bedingungen zu erfahren, unter welchen Amerika zur Teilnahme an den Besprechungen sich bereit erklären würde. Die Antwort ist etwa in demselben Sinne gehalten wie die Erklärungen der amerikanischen Staatsmänner antäglich der „Abwendung“ Amerikas von den europäischen Angelegenheiten, — bedauerlich wie Kaufschuf. Der amerikanische Staatssekretär des Außenwesens ließ erklären, seine Regierung habe keineswegs den Wunsch, Deutschland von seiner Verantwortlichkeit für den Krieg (1) und von der gerechten (1) Verpflichtung befreit zu sehen. Aber es müßte klar sein, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands und die formelle Bedingung der Wiederherstellung Deutschlands, ohne die eine Reparationsregelung unmöglich sein würde, berücksichtigt werden müßten. Die Konferenz solle nur beratenden Charakter haben. Also wird der Gedanke der Entscheidung durch eine internationale Konferenz zu Gunsten des französischen Standpunktes fallen gelassen. In der Reparationskommission könne sich Amerika nicht vertreten lassen, dagegen könne es an einer wirtschaftlichen Untersuchung durch eine beratende Körperschaft teilnehmen. Auf diese Weise will die amerikanische Regierung also wiederum sich von den zweifellos politisch beeinflussten Beschlüssen der Reparationskommission loslösen. Sodann wird in der amerikanischen Antwort noch bemerkt, daß die Frage der Zahlungsfähigkeit Deutschlands und der alliierten Schulden an Amerika nicht miteinander verknüpft werden dürfen. Diese Bemerkung bezieht sich auf die bekannte Erklärung Poincaré's, daß Frankreich an den deutschen Reparationszahlungen soviel zu streichen bereit

sei, als die Alliierten (d. h. Amerika und England) den Franzosen von ihren Kriegsschulden ablassen würden. Das sind die wesentlichen Erklärungen von Seiten Amerikas und dazu kommt nun noch die „hochpolitische“ Rundgebung des englischen Ministerpräsidenten, der selbstverständlich ebenfalls betonte, daß Deutschland eine „gerechte Buße“ für den (von den Angelsachsen angestifteten) Krieg bezahlen müsse, und gleichfalls die tiefgründige Auffassung bestätigte, daß man aber erst prüfen müsse, wieviel Deutschland heute noch bezahlen könne. Deshalb müßte im Hinblick auf die Ereignisse der letzten 2 Jahre der Gesamtreparationsbetrag von neuem festgestellt werden. Interessant ist dann weiterhin die Erklärung, daß England die Loslösung eines Teils Deutschlands nicht in Betracht ziehe. Diese Erklärung erfolgt prompt nach ¼ Jahren, während welcher Zeit die englische Regierung tagtäglich von ihren Politikern, von ihrer Presse auf die unverkennbare Loslösungspolitik der Franzosen aufmerksam gemacht worden war, und die führenden englischen Staatsmänner selbst immer wieder die französischen Zerstörungsmethoden gekennzeichnet hatten. Wir sind jetzt gegen die angelsächsischen Phrasen in Deutschland vielleicht doch bald immun geworden, jedenfalls ist es zu begrüßen, daß der deutsche Reichskanzler wenigstens keinen Zweifel darüber gelassen hat, daß er lediglich taktische Schritte einer alliierten Macht nicht für bare Münze zu Deutschlands Gunsten nimmt. Seine Worte, daß wir auf fremde Hilfe nicht zu rechnen haben, und daß das deutsche Volk allein stehe, sollte man täglich jedem politischen Querulanten und wirtschaftlichen Egoisten in die Ohren schreien, damit er endlich einseht, daß nur unerzitterliche Geschlossenheit nach außen uns noch retten kann. Auch Baldwin hat mit einer Selbstverständlichkeit, als ob es sich um ein halbivilisiertes Land handelte würde, erklärt, die deutschen Finanzen müßten unter Kontrolle gestellt werden. Das ist es, was der angelsächsischen Kapitalismus erstrebt hat. Deshalb hat man weder in London noch in Washington seit ¼ Jahren auch nur einen Finger gerührt, um der unerhörtesten Schandtat der Geschichte gegen ein wehrloses Volk ein Ende zu bereiten, weil man auf diese Weise die endliche Unterwerfung Deutschlands unter das amerikanische und englische Kapital, und die Niederdrückung der deutschen Industrie am besten erreichen konnte. Das System war daselbe wie bei Oesterreich, nur mit dem Unterschiede, daß man mit der deutschen Wirtschaft nicht so rasch fertig wurde, daß aber die wirtschaftlichen und moralischen Folgen bei uns furchtbarer sind, und sich noch lange Zeit auswirken werden.

Gerade aus den Reparationserklärungen der Londoner und Washingtoner Regierung müssen wir erkennen, daß nur eiserne Geschlossenheit uns noch helfen kann. Wenn es den Franzosen gelungen wäre, — in der ihnen bewilligten Frist, — mit Hilfe ihrer gedungenen Kreaturen einen „Rheinlandsstaat“ zu erstellen, kein Hahn hätte danach gekräht, man hätte es einfach als vollendete Tatsache hingenommen. Und so ist die Situation auch heute noch trotz des ersten mißglückten Ansturms, über dessen Mißerfolg die Angelsachsen jetzt mit ihren neuen Schritten die Franzosen auf „anständige“ Weise hinüberzubringen suchen. Aber von der Anregung bis zur Tat ist ein weiter Weg, und namentlich dann, wenn man nur mit dem Verstande, und nicht mit dem Herzen dabei ist. Und Poincaré wird sein Möglichstes tun, den Druck auf Deutschland und besonders die besetzten Gebiete noch weiterhin zu verstärken, und die Einleitung von Verhandlungen zu verschleppen. Und wenn England und Amerika diesen Methoden nicht endlich energisch entgegenreten, werden auch diese Aktionen wie so viele andere im Sande verlaufen, und die Katastrophe mit ihren unabsehbaren Folgen wird ihren Weg gehen.

## Poincaré's übliche Sonntagsprüche.

Paris, 28. Okt. Die Gelegenheit der Einweihung eines Denkmals in Campigny benutzte heute Poincaré, um in einer Rede seine Politik zu verteidigen und zu erläutern. Durch die Besetzung des Ruhrgebietes sei nachgewiesen, daß Deutschland auf die dortigen Kohlen verzichten könne. Es habe jetzt sein System geändert und erkläre, die Lieferungen nicht bezahlen zu können. Die Schwertung in der Taktik sei sichtbar. Bezüglich der separatistischen Bewegung versicherte Poincaré, daß Frankreich sich in innerdeutsche Angelegenheiten nicht einmische und daß es keine Annexionsabsichten habe, daß es aber auf dauernde Sicherungsgarantien nicht verzichten könnte. Er begründete dies damit, daß Deutschland entgegen seinen Verpflichtungen mehr Leute unter den Fahnen halte, und deren Bewaffnung stärker gestalte als ihm erlaubt sei. Außerdem sei es in der Lage, seine Fabriken rasch auf die Herstellung von Kanonen und Munition umzustellen und in ein paar Tagen eine Luftflotte auszurüsten.

ichen Ver...  
allen In...  
erschlechte...  
werbslosen...  
Kürzungen...  
haben, ar...  
er Woche...  
inen noch...  
in letzter...  
kräften für...  
daß die...  
nicht mehr...  
rtung von...  
wung be...  
Personal...  
die Zahl...  
ungeübte...  
Zahl der...  
sept. zirka...  
über zirka...  
  
m rkt.)...  
Schüttel...  
360—500...  
800 bis...  
160—200...  
60, gelbe...  
die 40 bis...  
ettliche 10...  
en (war...  
15000...  
2000 bis...  
—14 500...  
Edamer...  
ffteinfäse...  
e 900 der...  
e, Mehl...  
Bohnen...  
0, Milch...  
7000 bis...  
  
weine...  
führt. Es...  
flau...  
  
Bieren- und...  
den Verkeh...  
  
mmt...  
  
den ?...  
gewiesen...  
rgeld im...  
er geben...  
er Seite...  
Leute...  
res Geld...  
lich ver...  
in es sich...  
?...  
le erfah...  
ine, also...  
in Be...  
eitung...  
  
Call...  
Calw...  
  
Hof...  
8 Uhr...  
Piraten...  
die Filme...  
  
el...  
Schreiner...  
im...  
  
vier...  
vermieten...  
Angebote an...  
Bl. erbeten...  
  
onate alten...  
  
ren...  
verkauf aus...  
Geschäfts...

Poincaré erklärte weiter, Frankreich sei nicht geneigt, seine Ansprüche auf Reparation zu opfern. Nach seinem Vorgehen im Ruhrgebiet habe jetzt Deutschland selbst ein Interesse daran, sobald wie möglich seine Gläubiger zu bezahlen, da es wisse, daß Frankreich seine Pfänder vorher nicht aus der Hand gebe. Dann wandte sich der Ministerpräsident an die Alliierten Frankreichs und betonte, daß es von ihnen die Achtung des gemeinsam unterzeichneten Versailler Vertrages erwarte. Die Deutschland auferlegte Zahlungsverpflichtung sei von der Reparationskommission festgesetzt worden, sei also endgültig und könne ohne Frankreichs Zustimmung nicht abgeändert werden. Eine Herabsetzung der deutschen Schuld sei nur durch einstimmigen Beschluß der Gläubigerregierungen möglich, wozu Frankreich seine Zustimmung niemals geben werde. Für eine Prüfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands sei nur die Reparationskommission zuständig und es liege keinerlei Grund vor, dieser eine ihrer wichtigsten Funktionen zu nehmen. Deutschland habe jetzt wieder Zustimmung mit der Kommission genommen und diese werde die deutschen Delegierten zweifellos binnen kurzem anhören. Auf die kürzliche Rede Baldwin's eingehend, erklärte Poincaré, daß er mit diesem darin übereinstimme, daß die Reparationsfrage sobald wie möglich unter den Alliierten geregelt werden müsse, ebenso die Sicherstellung der Bezahlung der Reparationen. Auch er wünsche, daß sich die Vereinigten Staaten an der europäischen Politik beteiligten. Was die Einberufung einer internationalen Konferenz anlangt, so hätten sich ihm verschiedene Fragen aufgedrängt, die er nicht zu lösen vermocht habe, namentlich die, worüber die Konferenz beraten solle, wie sie zusammengefaßt sein und wie sie mit den beteiligten Regierungen zusammenwirken solle, ferner, welches ihre Kompetenzen seien. Poincaré betonte weiter, wenn die englische Regierung wirklich nicht daran denke, Deutschland einen Sitz in der Konferenz zu geben, sondern wenn sie nur die Mitwirkung der Vereinigten Staaten erlangen wolle, so sei eine Verständigung leicht. Die Reparationskommission könne den offiziellen Delegierten der Vereinigten Staaten um die Ernennung der amerikanischen Sachverständigen ersuchen, die mit den französischen, englischen, italienischen und belgischen Sachverständigen die gegenwärtige Zahlungsfähigkeit Deutschlands prüfen, ein Programm für die Sanierung seiner Finanzen und seiner Währung, sowie eines bestimmten Reparationsplanes verlangen sollten. Nicht einverstanden sei Frankreich damit, wenn der Reparationskommission ihre Zuständigkeit entzogen oder wenn sie durch ein Organ ersetzt werde, in dem der ohnehin schon eingeschränkte (?) Einfluß Frankreichs noch weiter zurückgedrängt würde. Hier liege die Grenze der Zuständigkeit Frankreichs.

#### Französische und belgische Antwort auf den britischen Konferenzvorschlag.

London, 27. Okt. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, die Antwort der französischen Regierung auf die letzte britische Reparationsnote sei gestern nachmittags im Foreign Office angelangt. Die belgische Antwort sei, wie angenommen werde, dem britischen Geschäftsträger in Brüssel gestern ausgehändigt worden. — „Times“ zufolge verlautet, daß die französische Regierung an ihre bedingte Annahme des Vorschlags zur Abhaltung einer Sachverständigen-Konferenz noch gewisse Vorbehalte knüpfe, deren genaue Bedeutung und Tragweite nicht scharf genug erkennbar sei. Es bleibe abzuwarten, ob die britische Regierung diese bedingte Annahme Poincaré's als geeignete Grundlage zur Verfolgung einer Regelung des Reparationsproblems ansehen werde.

London, 27. Okt. Der Brüsseler Berichterstatter der „Times“ schreibt, die belgische Regierung unterstütze den zweiten britischen Vorschlag, einen beratenden Ausschuß von Sachverständigen, darunter ein amerikanischer Vertreter, einzuberufen, der der Reparationskommission beratend tätig wäre.

#### Der französische Standpunkt triumphiert. Die Reparationskommission soll eine Sachverständigenkommission ernennen.

London, 27. Okt. Wie Reuter erfährt, in gut unterrichteten Kreisen werde jetzt im Zusammenhang mit der französischen Antwort angenommen, daß keine völlig neue Konferenz abgehalten werden solle. Die britische Regierung habe die französische Zustimmung zu dem Plan erhalten, daß die Reparationskommission eine neue Sachverständigenkommission ernennen solle, um Deutschlands Zahlungsfähigkeit innerhalb den Bestimmungen des Versailler Vertrages zu untersuchen. Man erwarte, daß die Reparationskommission Amerika und andere verbündete Staaten einladen werde, sich in der geplanten Kommission vertreten zu lassen.

#### Eine gemeinsame Einladung der Alliierten an Amerika.

Rom, 27. Okt. Nach einer Stefani-Meldung hat die italienische Regierung auf die englische Note, welche die Anregung gab, eine gemeinsame Einladung an die Regierung der Vereinigten Staaten ergehen zu lassen, damit diese zusammen mit den Alliierten an der Lösung des Reparationsproblems teilnehme, eine günstige Antwort erteilt.

#### Auch die Sachverständigenkonferenz wird von französischer Seite sabotiert.

Paris, 27. Okt. Der Beschluß der französischen Regierung, die Einsetzung eines Sachverständigen-Ausschusses zur Abschätzung der Zahlungsfähigkeit anzunehmen, wenn er von der Reparationskommission ernannt wird, wird allgemein als eine kluge Maßnahme bezeichnet; jedoch erklären die meisten Blätter, daß diese zu nichts Praktischem führen werde. So schreibt der „Matin“, diese Konferenz dürfe nicht zu große Hoffnungen erwecken. Es sei vergeblich, von ihr Lösungen für die endgültige Regelung der Reparationsfrage und den Betrag der deutschen Schuld so-

lange zu erwarten, als die Vereinigten Staaten es nicht gestatten würden, die Diskussion über das Problem der interalliierten Schulden damit zu verbinden.

#### Der Präsident der tschechischen Republik über den neuen angelsächsischen Schritt.

Prag, 29. Okt. In der Botschaft des Präsidenten der Republik, anlässlich des fünften Jahrestages der Ausrufung der Republik heißt es, er glaube, daß die englische Regierung, die in Amerika zutage getretene freundschaftliche Stimmung hinsichtlich der Lösung des Reparationsproblems in geeigneter Weise ausnützen werde. Das Reparationsproblem berühre die Tschechoslowakei sehr empfindlich. Das organisierte und getätigte Deutschland werde für England und auch für die Tschechoslowakei ein Konkurrent sein. Trotzdem seien sie zur Hilfe bereit, denn ein zerrüttetes Deutschland sei für alle gefährlicher. Er teile nicht den Pessimismus bezüglich Deutschlands und seiner Zukunft.

#### Baldwin über die Arbeitslosigkeit in England.

London, 26. Okt. Bei seiner Rede in Plymouth wandte sich der englische Premierminister Baldwin zum Schluß dem Hauptthema zu, der Arbeitslosigkeit des englischen Volkes. Er sagte, es werde lange dauern, bevor der wirtschaftliche Aufbau Europas vollendet sei und während dieser Zeit müsse Arbeit für das englische Volk gefunden werden. Es dürfe nicht vergessen werden, daß Deutschland durch den Friedensvertrag beträchtliche Teile seines industriellen Gebietes verloren und beträchtliche Gebiete seines Ackerbaues eingebüßt habe. Die Folge sei, daß, wenn Deutschland wirtschaftlich zu funktionieren beginne, es wahrscheinlich mehr Lebensmittel und mehr Rohstoffe als vor dem Kriege einzuführen haben werde. Daraus folge, daß die deutsche Ausfuhr zunehmen müsse, um für diese Einfuhr ebenso wie für die Reparationszahlungen Geld zu schaffen. Der Premierminister erklärte, er wolle darauf hin, um zu zeigen, daß, wenn England Reparationen erhalte, diese nur aus einem riesig vermehrten Außenhandel kommen könnten. Die notwendige Ausfuhr müsse irgend wohin gehen, was ihn, Baldwin, auf den Gedanken bringe, daß es im internationalen Verkehr nicht notwendigerweise vorteilhaft sei, Gläubiger zu sein. Wenn keine genügende Ausdehnung des Welt Handels da sei, um diese überflüssige Ausfuhr rasch aufzunehmen, so werde diese Ausfuhr den Industrieländern der Welt zum Nachteil gereichen. (!) Das Hauptindustrieland sei England und England werde der Stoßfänger für die gesamte Welt sein. Der erste Markt, der den Anprall des Angriffs zu erdulden habe, sei der englische Markt. Sich der Gefahr zuwendend, die in der Frage der Ausfuhr nach England mit entwerteter Währung liegt, erklärte Baldwin, dies sei die Form der Ausfuhr, unter der England bis zu einem gewissen Maße gelitten habe. Man habe noch vor kurzem gesehen, daß mit dem Sturz des Franken ein bisher in England unbekannter Wettbewerb Frankreichs die englischen Waren auf den eigenen englischen Märkten verdrängt habe. Der Druck der Steuern laste schwer auf der englischen Industrie. Aber je größer die Arbeitslosigkeit sei, umso größer sei dieser Druck, weil seine Last auf die Falle, die noch an der Arbeit seien, und für die es immer schwieriger werde, auf den Märkten der Welt in Wettbewerb zu treten. Seine Schulden an die Vereinigten Staaten könne England nur bezahlen, wenn es seinen Außenhandel vermehre oder den Einfuhrhandel vermindere, oder beides. Der einzige Weg, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, sei der Schutz des Heimatmarktes. Die englische Regierung werde alles tun, um die Hilfsquellen des Reiches zu entwickeln. Der augenblickliche Kampf gegen Armut und Arbeitslosigkeit sei schwieriger als der Kampf gegen die Deutschen im Krieg. Je nach seinem Ergebnis werde England stehen oder fallen. (!!)

#### Das Reich, Bayern und Sachsen. Eine Note der Reichsregierung an die bayerische Regierung.

Aufforderung zur Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes.

Berlin, 27. Okt. In Verfolg der am 24. Oktober von der Konferenz der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder gefaßten Entschliebung hat die Reichsregierung an die bayerische Staatsregierung das Gesuch gerichtet, die verfassungsmäßige Befehlsgewalt im bayerischen Teil der Reichswehr in kürzester Zeit wieder herzustellen.

Berlin, 29. Okt. Einer Meldung der „Montagspost“ aus München zufolge ist die an Bayern gerichtete Note der Reichsregierung, in der die bayerische Regierung aufgefordert wurde, den verfassungsmäßigen Zustand wiederherzustellen, dem Ministerpräsidenten Dr. v. Knilling am Sonntag überreicht worden. Am heutigen Montag findet in München ein Ministerrat statt, der sich mit der Note der Reichsregierung beschäftigen wird.

#### Die Reichsregierung fordert die sächsische Regierung zum Rücktritt auf.

Berlin, 29. Okt. Zu der Entschliebung der sächsischen Regierung wird halbamtlich bemerkt: Der Reichspräsident hat durch eine gestern erlassene Verordnung den Reichskanzler ermächtigt, die sächsische Regierung und nötigenfalls auch andere sächsische Behörden abzulösen. Der Reichskanzler wird auf Grund dieser Ermächtigung, nachdem nunmehr die Entschliebung der sächsischen Regierung gefallen ist, sofort einen Reichskommissar für den Freistaat Sachsen bestellen.

Berlin, 29. Okt. Gegenüber anders lautenden Meldungen kann festgestellt werden, daß der Beschluß betreffend Sachsen von der Reichsregierung einstimmig gefaßt worden ist. — Also haben auch die Sozialdemokraten zugestimmt.

#### Ein Reichskommissar für Sachsen.

Berlin, 29. Okt. Wie die „Montagspost“, die Montagsausgabe des „Berliner Lokalanzeigers“ meldet, wird zum Reichskommissar für Sachsen der frühere Chef der sächsischen Staatskanzlei, Ministerialdirektor Dr. Schulze, ernannt werden.

#### Eingreifen der sozialdemokratischen Reichsminister in Sachsen.

Berlin, 29. Okt. Die „Montagspost“ aus Dresden meldet, haben die sozialdemokratischen Reichsminister Robert Schmidt und Kadbruch, sowie der sächsische Gesandte in Berlin, Dr. Gradnauer, die in Dresden eingetroffenen sind, in der Sitzung des Landesvorstandes der sächsischen Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion bestimmend eingegriffen. Die Spaltung innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie selbst sei dabei zum erstenmal offen zum Ausdruck gekommen.

#### Die sächsische Regierung lehnt den geforderten Rücktritt ab.

Dresden, 28. Okt. In später Abendstunden wird dem WTB. aus der Staatskanzlei gemeldet: Die sächsische Regierung lehnt das Ansuchen des Reichskanzlers, zurückzutreten, entschieden ab. Ein politischer Anlaß dazu liegt nicht vor und rechtlich ist das Verlangen der Reichsregierung nach der Reichsverfassung unzulässig. Nur der sächsische Landtag ist legitimiert, die Regierung Sachsens abzulösen. Solange das nicht geschieht, wird die sächsische Regierung auf ihrem Posten ausharren. Sie wird aber alsbald im Landtag eine Entscheidung hierüber herbeiführen.

#### Deutschland. Berechtigung der Reichsbank zur Ausgabe von Goldmarknoten.

Berlin, 26. Okt. Wie die Blätter hören, hat das Reichstabinett eine Umänderung des Bankgesetzes beschlossen. Die Veröffentlichung der Novelle wird voraussichtlich morgen erfolgen. Darnach ist die Reichsbank berechtigt, Goldmarknoten auszugeben. Die Deckung der Goldmarknoten besteht zu einem Drittel in Gold und Devisen, zu zwei Dritteln in Goldmarkhandelswechseln. Der Goldbestand, der als Deckung für die Goldmarknoten der Reichsbank dient, wird getrennt geführt von dem übrigen Goldbestand, der in der Papiermarkabteilung der Reichsbank verbleibt. Die Goldmarknoten der Reichsbank sind jederzeit einlösbar in Gold, englischen Pfunden oder Dollars nach Wahl der Reichsbank. Ferner erhält die Reichsbank die Ermächtigung, unverzinsliche wertbeständige Schuldverschreibungen auszugeben. Die Maßnahme erfolgt, um den Bedürfnissen des Verkehrs nach kurzfristiger, wertbeständiger Anlage von Geld Genüge zu leisten. Die Schuldverschreibungen finden in den wertbeständigen Krediten der Reichsbank die entsprechende Deckung. Das Maximum der Emission dieser Schuldverschreibungen ist auf den dreifachen Betrag des Goldbestandes festgesetzt, der in der Papiermarkabteilung der Reichsbank verbleibt. Schließlich kann die Reichsbank nach Umänderung des Bankgesetzes gewisse Serien der jetzt umlaufenden Noten einziehen.

#### Bedingungen für die Ausgabe wertbeständigen Notgeldes.

Berlin, 27. Okt. Der Reichsfinanzminister hat für die Ausgabe wertbeständigen Notgeldes folgende Bedingungen festgelegt: 1. Das Geld muß aus Teile der Reichsgoldanleihe lauten. 2. Der Gesamtbetrag des auszugebenden Geldes ist vor der Ausgabe zu decken durch Hinterlegung eines entsprechenden Goldanleihebetrages bei der zuständigen Reichsbankstelle oder einer von dem Reichsfinanzminister bestimmten anderen Stelle auf sein Konto, das zugunsten des Reichsfinanzministers gesperrt wird. 3. Jede Ausgabe bedarf der Genehmigung durch den Reichsminister der Finanzen. 4. Der Antrag muß durch die Landesregierungen beim Reichsfinanzministerium gestellt werden. Dies kann auch telefonisch oder telegraphisch geschehen.

#### Der Rüsttriner Aufruhrprozess. Die Anträge des Staatsanwalts.

Rottbus, 26. Okt. In der heutigen Vormittagsitzung des Rüsttriner Aufruhrprozesses legte zunächst Landgerichtsdirektor Dr. Sendt in einem allgemeinen politischen Ueberblick dar, daß das Unternehmen in Rüsttrin nur ein Teil eines großzügigen, hochverräterischen Gesamtunternehmens gewesen sei. Darauf ergriff Staatsanwaltschaftsrat Dr. Herrmann das Wort zur Begründung der öffentlichen Anklage. Er schilderte in eingehenden Ausführungen das ganze Ergebnis der Hauptverhandlung und stellte folgende Strafanträge: Gegen Buchruder, Major a. D., unter Verjagung mildernder Umstände lebenslängliche Festungshaft, dauernder Verlust der Befugnis der Bekleidung öffentlicher Ämter, sämtlicher und dauernder Verlust des Ruhegehalts, Unfähigkeit zum Tragen der Offiziersuniform, 2. gegen Major a. D. Herzer unter Zubilligung mildernder Umstände 12 Jahre Festungshaft und alles übrige wie bei Buchruder und zwar Buchruder und Herzer wegen Hochverrats. Gegen die übrigen Angeklagten beantragte er wegen Beihilfe zum Hochverrat folgende Strafen, gegen Hayn und Fliege fünf Jahre, gegen Boigt 4 Jahre 5 Monate, Stobbe 4 Jahre 2 Monate, Körige 3 Jahre 9 Monate, gegen Wojezinski, Walther und Schrent je 3 Jahre 6 Monate, Reichel 3 Jahre 3 Monate, Jablowski, Kühn geflagten wurden ferner angemessene Geldstrafen und volle Anrechnung der Untersuchungshaft beantragt. Darauf begannen die Plädoyers der Verteidiger.

Die Der abge...  
Eprey...  
Sprechung...  
bens in der...  
gierte, Gene...  
einigen Tag...  
ten Kleefoo...  
hätten ihm...  
verfolgen w...  
jemand ein...  
gierung ma...  
Ich erklä...  
Widerstän...  
Fahren...  
zugreifen...  
Stieg, ertl...  
Loyalität...  
Politik nie...  
wurde die...  
best. Eine...  
Schluß bef...  
für die in...  
denen Ver...  
sprechung...  
und des V...  
mann war...  
verändert...  
Die wir...  
Eprey...  
Sigung de...  
noch mit...  
zur Unter...  
zeichnete...  
men der...  
Handels...  
und Arbe...  
mit der...  
ten in de...  
Stunde d...  
an der...  
zur Ausg...  
Biet und...  
Auslande...  
Drittel...  
Scheine t...  
und unte...  
meral de...  
Beratung...  
landwirt...  
Märten...  
nicht für...  
landwirt...  
Landwirt...  
gegen...  
52)  
Rüd...  
Tischbe...  
rauf sta...  
„Ich...  
ja eben...  
auf ein...  
nicht je...  
Sie...  
Stühle...  
die Les...  
ternden...  
Gesche...  
Sie sah...  
und ni...  
er plö...  
ein edl...  
und da...  
„St...  
daß ich...  
mir erl...  
anläßt...  
„Ja...  
doch, d...  
„Ni...  
Sie...  
die an...  
daß sie...  
hiebt, a...  
„Au...  
gend, u...  
rigen...  
je sch...  
standes...  
füllt v...  
sein D...  
vereind...  
Wunsd...  
ruhiger...  
„St...  
auf sie...  
Diebe...  
gen ge...

## Die Vorgänge in der Pfalz.

### Der abgewiesene Autonomieanschlag in der Pfalz.

Speyer, 26. Okt. Zu der heute nachmittags abgehaltenen Besprechung der Vertreter des politischen und wirtschaftlichen Lebens in der Pfalz wird uns weiter mitgeteilt: Der Kreisdelegierte, General de Mèg, hat zunächst festgestellt, daß der ihm vor einigen Tagen unterbreitete Vorschlag von den Sozialdemokraten Kleefoother, Wagner und Hoffmann ausgegangen sei. Diese hätten ihm sodann mitgeteilt, daß sie ihren Beschluß nicht weiter verfolgen wollten. Der General fragte die Anwesenden nun, ob jemand einen Vorschlag für die Bildung einer provisorischen Regierung machen wolle. Als sich niemand äußerte, fuhr er fort: Ich erkläre feierlich, daß ich persönlich nichts tun werde, was im Widerspruch zum Versailler Vertrag steht und daß ich seit fünf Jahren den Standpunkt vertreten habe, nicht in die Politik einzugreifen. — Der Präsident der pfälzischen Kreisbauernkammer, Steich, erklärte darauf, mit den Befehlshabern in voller Loyalität zusammenarbeiten zu wollen, aber einer autonomen Politik nicht zustimmen zu können. In der weiteren Aussprache wurde die Frage eines wertbeständigen Zahlungsmittels behandelt. Eine Einigung konnte aber nicht erzielt werden. Zum Schluß bemerkte der Kreisdelegierte, daß er jede Verantwortung für die in der wirtschaftlichen und politischen Lage entstandenen Verhältnisse für die Zukunft ablehnen müsse. — Die Besprechung war hauptsächlich von Vertretern der Landwirtschaft und des Wirtschaftslebens besucht. Kleefoother, Wagner und Hoffmann waren nicht anwesend. Die Lage in Speyer ist heute unverändert ruhig.

### Die wirtschaftlichen Verhandlungen in der Pfalz.

Speyer, 27. Okt. Die „Pfälzische Rundschau“ teilt zu der Sitzung der politischen und wirtschaftlichen Vertreter der Pfalz noch mit: General de Mèg legte den Anwesenden ein Schriftstück zur Unterschrift vor, das folgendenbermaßen lautet: „Die unterzeichneten Vertreter der Pfalz, beauftragt und handelnd im Namen der großen öffentlichen Körperschaften des Kreistages, des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, verpflichten sich, im völligen Einvernehmen mit der Interalliierten Rheinlandkommission zusammenzuarbeiten in der Erforschung der wirtschaftlichen Fragen, welche zur Stunde die Pfalz beschäftigen, und insbesondere mitzuarbeiten an der Gründung eines Instituts, genannt „Währungsbank“, zur Ausgabe einer Währung, welche Gültigkeit im besetzten Gebiet und Zahlungskraft sowohl im besetzten Gebiet, als auch im Auslande hat. Sie übernehmen die Verpflichtung, bis zu zwei Drittel an der Sicherheit der von der Bank auszugebenden Scheine teilzunehmen und hierfür einen Teil ihres beweglichen und unbeweglichen Vermögens zur Verfügung zu stellen. — General de Mèg gestattete hierauf den Vertretern eine Stunde zur Beratung. Während dieser Zeit wurde das Schriftstück von vier landwirtschaftlichen Vertretern unterschrieben. Die übrigen erklärten ihre Bereitschaft zur Unterschrift des ersten Teils, aber nicht für den übrigen Teil. General de Mèg fragte darauf die landwirtschaftlichen Vertreter: „Kann ich annehmen, daß die Landwirte entschlossen sind, keine Kartoffeln herauszugeben gegen Falschgeld (Papiermark)?“ Darauf erklärte Heinz Drbis:

## Steffani Drehsa.

Roman von Alexandra v. Bosse.

(Schluß.)

Rüdiger trat tiefer ins Zimmer herein, blieb an einem Tischchen stehen und schob die kleinen Kippfächer, die darauf standen, mit unruhigen Händen durcheinander. „Ich möchte mit dir sprechen, Steffani, wir können das ja ebenso gut hier, wenn du willst“, sagte er und deutete auf einen der hochlehnen Stühle. „Bitte, willst du dich nicht setzen?“ Sie kam näher, aber sie setzte sich nicht; an einem der Stühle blieb sie stehen und stützte sich mit der Linken auf die Lehne. Nun stand sie unterm Kronleuchter, vom zitternden Licht der Kerzen überglänzt, und wie zwei dunkle Gekelne leuchteten ihre Augen aus dem weißen Gesicht. Sie sah Rüdiger offen an, senkte nicht den Blick vor seinem, und nicht Schuldbewußtsein sprach daraus; das erkannte er plötzlich klar und mit seinem untrüglischen Gefühl. Wie ein edles Wild stand sie vor ihm, das man zu Tode gehtet und das stumm und stolz den Todesstoß erwartet. „Steffani“, sagte er, „dein Vater telegraphierte mir, daß ich um deinwillen zurückkehren müßte. Kannst du mir erklären — befriedigend erklären, was ihn dazu veranlaßt...?“ „Ja — das kann ich!“ erwiderte sie mühsam und wußte doch, daß sie es nicht vermochte. „Nun — dann bitte ich dich darum.“ Sie schweig, blieb stumm, sah ihn nur an. Die Hand, die an ihr herabhing, bewegte sich leicht, zitterte, er sah, daß sie einen blinkenden Gegenstand zwischen den Fingern hielt, aber er achtete nicht darauf. „Auge in Auge standen sie sich gegenüber, beide schweigend, und je länger Rüdiger in die geliebten, stolzen, traurigen Augen sah, die sich nicht schuldlos senken wollten, je schwächer wurde die verdammende Stimme seines Verstandes, doch um so lauter sprach sein Herz. Es war erfüllt von Liebe, Vertrauen und heißem Mitleid, das all sein Denken und Empfinden zu einem rauschenden Sehnen vereinte — ihr entgegen. Uebermächtig wurde in ihm der Wunsch, sie in seine Arme zu ziehen, sie zu trösten, zu beruhigen. „Steffani...“ sagte er weich und trat einen Schritt auf sie zu. Aber sie, die den Kampf gesehen, den seine starke Liebe mit bösen Zweifeln kämpfte, die sich in seinem Herzen gegen sie erhoben, trat einen Schritt zurück. Dumpf

## Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung betr. Verordnung über Betriebsstillegungen und Arbeitsfreistellung vom 15. Oktober 1923. R.G.V. S. 983.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Verordnung betreffend Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und -stillegungen vom 8. November 1920 (Reichsgesetzblatt S. 1901) nachfolgende Ergänzung erfahren hat:

- Zu § 2 der Verordnung treten die folgenden Abs. 2 bis 5:
- Abf. 2: Entlassungen, die über die Grenzen des § 1 Abs. 1 Ziffer 2 hinausgehen, sind innerhalb der Fristen des § 1 Abs. 2 nur mit Genehmigung der Demobilisierungsbehörde wirksam. Ist der Arbeitgeber nicht in der Lage, die Arbeitnehmer während der bezeichneten Fristen voll zu beschäftigen, so kann die Demobilisierungsbehörde für die Dauer der Fristen eine Verkürzung der Arbeitszeit (Streckung der Arbeit) anordnen. Hierbei darf jedoch die Wochenarbeitszeit eines Arbeitnehmers nicht unter 24 Stunden herabgesetzt werden.
- Abf. 3: Der Arbeitgeber ist im Falle der Arbeitsfreistellung berechtigt, Lohn oder Gehalt, der mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigten Arbeitnehmer entsprechend zu kürzen, jedoch erst vom dem Zeitpunkt an, in dem ihr Arbeitsverhältnis nach den allgemeinen gesetzlichen oder den vertraglichen Bestimmungen enden würde.
- Abf. 4: Das Recht zur fristlosen Kündigung aus einem Grunde, der nach dem Gesetze zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt, bleibt unberührt.
- Abf. 5: Entlassungen, die bei Einhaltung der Anzeigepflicht unwirksam wären, sind auch dann unwirksam, wenn der Anzeigepflicht nicht genügt ist.
- Die §§ 12 bis 15 der Verordnung über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 12. Febr. 1920 (R.G.V. S. 218) werden aufgehoben.
- Mit den vorstehenden Änderungen gelten die Verordnungen vom 12. Februar und 8. November 1920 über den 31. Oktober 1923 hinaus.
- Wir ersuchen die beteiligten Kreise sich hiernach zu richten und etwa beabsichtigte Entlassungen von Arbeitnehmern, die unter die vorstehenden Bestimmungen fallen, dem Verwaltungsausschuß des Bezirksarbeitsamts Calw rechtzeitig mitzuteilen.
- Calw, den 26. Oktober 1923.
- Oberamt: Bögel, Ammann.

### Die bayerische Regierung gegen die Pfalz-Autonomisten.

München, 27. Okt. Die bayerische Staatsregierung nahm gegenüber den Bestrebungen des Reichstagsabgeordneten Hoffmann (Kaiserslautern) und Genossen, einen autonomen

Palzstaat zu errichten, folgenden Standpunkt ein: 1. Den Beamten wird verboten, sich einer verfassungswidrigen Regierung in der Pfalz zur Verfügung zu stellen. 2. Die bayerische Staatsregierung wird alle Rechte der Beamten wahren. 3. Nahrungs- und Geldmittel, sowie alle anderen bisher bewilligten Unterstützungen unterbleiben gegenüber einer Pfalzrepublik. Diese Entscheidungen treten für den Augenblick in Kraft, in welchem eine verfassungswidrige Regierung in der Pfalz proklamiert wird.

### Die pfälzischen Sozialdemokraten und der Autonomiegedanke.

Ludwigshafen, 26. Okt. Die Leitung der sozialdemokratischen Partei der Pfalz hat heute folgende Erklärung erlassen: „Der Verfassungsbruch der bayerischen Regierung hat in den freihheitlichen Kreisen der Pfalz große Empörung ausgelöst. Alle unsere Warnungen wurden zuletzt noch von der Regierung Anfechtung in den Wind geschlagen. Zugleich kamen aus allen Teilen des besetzten Gebietes alarmierende Nachrichten über die letzten Zurüstungen der Sonderbündler. Als Protest gegen den bayerischen Verfassungsbruch und zum Schutz gegen die drohende separatistische Gefahr kam die Leitung der pfälzischen sozialdemokratischen Partei zu dem Entschluß, aus der Pfalz einen selbständigen Staat im Verband des Deutschen Reiches zu bilden. Diesen Standpunkt hat die pfälzische Sozialdemokratie in keinem Stadium der Verhandlungen verlassen. Nachdem die Absicht der pfälzischen Sozialdemokraten in verschiedenen Teilen der Pfalz erheblichen Widerstand gefunden hat und nachdem die Reichsregierung eine Abtrennung der Pfalz von Bayern unter Verbleib des Landes im Reichsverband nicht anerkennt, für die sozialdemokratische Partei der Pfalz aber grundsätzlich eine Aktion der Abtrennung der Pfalz von Bayern außerhalb des Deutschen Reiches nicht in Frage kommt, sehen wir von der Durchführung unseres Vorhabens ab. Wir wollen durch unsere Aktion die durch die Separatisten drohende Gefahr der Abtrennung der Pfalz vom Reich verhindern. Nachdem man unsere Absicht verkannt und ihr unlautere Motive untergeschoben hat, müssen wir die Verantwortung für die kommenden Geschehnisse den anderen Parteien überlassen.“

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 29. Oktober 1923.

### Neue Portoverhöigungen ab 1. November.

Unter dem Zwang der Geldentwertung hat die Postverwaltung die zu dem 1. November festgesetzten, den Zeitungen bereits bekanntgegebenen Gebühren für die Briefsendungen und Pakete des Inlandsverkehrs verdoppelt müssen. Der einfache Fernbrief kostet sonach vom 1. November ab 100 Millionen Mark, die Fernpostkarte 40 Millionen. Weitere voraussichtlich sehr beträchtliche Erhöhungen stehen zum 5. November bevor.

### Der neue Personen- und Gütertarif.

Vom 29. Oktober ab werden die Schließelzahlen für den Eisenbahntarif im Personenverkehr auf 6 Milliarden und im Güterverkehr auf 12 Milliarden erhöht.

urteil zu hören. Ihre Gestalt sank zusammen, ihre Augen erloschen.

„Ja — ja...“ stammelte sie ganz außer sich, „du mußt es glauben, wie alle... wie die andern alle. Der Schein ist gegen mich — und — wie könntest du allein mir vertrauen — mir glauben...?“

Ihre Stimme brach, sie wankte, stützte sich an die Lehne des hohen Stuhles und bedeckte ihr Gesicht mit den Händen; trockenes Schluchzen erschütterte ihren Körper. Nun gab sie alles verloren, sah sich ausgestoßen aus diesem Hause, von ihren Kindern getrennt... Sie preßte die Stirn gegen das harte Holz der Lehne und drückte ihre Finger an die Ohren, die verdammenden Worte aus Rüdigers Mund nicht zu hören.

Da legten zwei Arme sich um sie, richteten sie auf, und Rüdigers tiefe Stimme sagte leise, zitternd vor Erregung: „Wenn ich nun dem Schein nicht glauben will — Steffani — sondern dir?“

Sie taumelte zurück, sah ihn an — fassungslos. Langsam füllten ihre Augen sich mit Tränen. Doch durch den Glanz dieser Tränen brach wie ein Sonnenstrahl der Glaube an ein großes, unsagbares Glück.

„Kannst du es?... Kannst du es?“ stammelte sie mit verzagender Stimme.

„Wenn du mir sagst — daß ich es kann...?“

„Ja!... ja!“

„Sieh mich an, Steffi! — Deine Augen lügen nicht, sie sprechen dich frei, wie auch mein Herz es tut — Steffi...!“ Unendliche Zärtlichkeit lag im Ton seiner Stimme, als er ihren Namen aussprach, und nun sank sie ihm an seinen Hals.

„Wie ich dich liebe, Rüdiger... wie ich dich liebe!“ schluchzte sie auf, verwirrt und verstört vom Uebermaß nicht mehr erhofften Glücks.

An dem Zittern ihrer Glieder erkannte Rüdiger, wie sehr sie erschütterter war, und wie jetzt, wo die furchtbare Spannung ihres Gemütes sich löste, Schwäche sie zu übermannen drohte. Er führte sie sanft zum Sofa, das unter dem Bilde seiner Mutter stand. Und aus dem schmalen, stillen Gesicht da oben, das sich zu verklären schien, blickten die grauen Augen sanft herab. Es war, als umspiele ein glückliches Lächeln die Lippen der stummen Frau, da Rüdiger Steffani fest in die Arme schloß und ihre bebenden Lippen küßte. Steffani aber sah zu ihm auf mit schimmernden Augen.

„Wie ich dich liebe, Rüdiger!“ sagte sie ganz leise noch einmal.

**Goldrechnungstarif der Reichsbahn!**

Infolge des Niederganges der Papiermark und der zunehmenden Umstellung der deutschen Wirtschaft auf Goldrechnung wird auch die deutsche Reichsbahn zum 1. Nov. 1923 im Personen-, Güter- und Gepäckverkehr zum Goldrechnungstarif übergeben. Die bisherigen Grundzahlen, die durch eine Vervielfachung mit der Schlüsselzahl den zu erlegenden Papiermarkbetrag ergaben, werden auch künftig der Tarifberechnung zugrunde gelegt, nur mit dem Unterschied, daß eine Vervielfachung mit dem jeweiligen Kurs der Goldmark erfolgt.

**Wertbeständige Löhne.**

In der kommenden Woche kommt in Württemberg wertbeständiges Geld in Umlauf. Dank den gemeinsamen Bemühungen der Regierung und der Wirtschaftskräfte der Industrie und des Handels wird es möglich sein, in der zweiten Hälfte der nächsten Woche bis zu 50 Prozent der Löhne in wertbeständigem Notgeld der Industrie und des Handels auszugeben. Dieses Geld, garantiert durch Württembergs Industrie und Handel und herausgegeben mit Hilfe der Württ. Vereinsbank, wird vom Handel und zweifellos auch von der Landwirtschaft ohne weiteres aufgenommen. Denn die Scheine werden, wie als Vermerk auf ihnen zu lesen sein wird, in kurzer Frist, d. h. sobald die notwendigen Stücke gedruckt sind, gegen deutsche wertbeständige Goldanleihe eingetauscht. Die Maßnahme ist die Auswirkung von Besprechungen, die die Ministerien im Laufe der letzten Tage mit den Wirtschaftsvertretern pflogen. Im besonderen sind durch sie zum Teil die Vorschläge des Deutschengewerkschaftsbunds an den Staatspräsidenten vom 16. Okt. und diejenigen der Unternehmerverbände zur vorläufigen Erledigung gekommen. Am Freitag abend sprachen die Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Abg. Groß und F. Behringer, bei der Regierung erneut mit erweiterten Vorschlägen, die aus der gestiegenen Notlage erwachsen waren, vor. Der Weg der Garantieübernahme für das württ. wertbeständige Zahlungsmittel durch die Wirtschaft selbst erschien auch ihnen als durchaus geeignet, so daß der ursprünglich für diesen Zweck vorgesehene Vorschlag der hypothekarischen Belastung und Befehlsgelassung fallen gelassen werden konnte.

**Internationale Konferenz**

**der christlichen Metallarbeiter.**

(ECB.) Stuttgart, 26. Okt. Unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Wieber-Duisburg tagte vom 23. bis 25. Oktober eine Konferenz christlich organisierter Metallarbeiter-Gewerkschaftsführer. Betreten waren: Deutschland, Belgien, Holland, Frankreich, die Schweiz, Desterreich und Ungarn. Die Konferenz befaßte sich eingehend mit der Lage des arbeitenden Volkes in den verschiedenen Ländern; neben den deutschen Vertretern wiesen insbesondere jene aus den neutralen Ländern auf die katastrophale Entwicklung der wirtschaftlichen Lage nicht nur

in Deutschland, sondern in ganz Europa hin. Der Ruhrereinfall werde zum Verhängnis Europas. Hinter den derzeitigen Machthabern ständen die großkapitalistischen Kreise der Welt. Weiter verdient aus der Diskussion hervorgehoben zu werden, daß der Achtstundentag in den vertretenen Ländern nur auf dem Papier oder nicht einmal da steht; die Arbeitszeit beträgt vielfach 52 bis 56 Stunden pro Woche. Ueber Teuerung klagten alle Vertreter; das Lebenshaltungsniveau hat sich überall gesenkt. Auf dem Gebiete des Tarifs- und Arbeitsrechts sind alle anderen Länder zum Teil weit hinter Deutschland zurück geblieben. Im übrigen befaßte sich die Konferenz eingehend mit dem Arbeitsrecht. Die Hauptsache sei nicht, daß auf den internationalen Konferenzen große Reden gehalten werden, sondern daß in den einzelnen Ländern eine gesunde Sozialgesetzgebung zur Durchführung komme. Es gehe ein unsozialer Geist durch die Welt; diesem zu begegnen, sei Aufgabe der Arbeitnehmererschaft.

(ECB.) Heilbronn, 27. Okt. Die Stadt hat zum Zweck der Lebensmittelbeschaffung Getreideschuldverschreibungen ausgegeben, die wertbeständig mit 5 Prozent verzinst werden und auf 10 Jahre lauten. Gegen diese Schuldverschreibungen werden von den Landwirten entsprechende Mengen Getreide gegeben.

**Geld-, Volks- und Landwirtschaft.**

**Der amtliche Mittelkurs am Samstag.**

Berlin, 27. Okt. (Mitteilung der Reichsbank.) Der für die Durchführung der Devisenverordnung maßgebende amtliche Mittelkurs des Dollars beträgt heute, am 27. Oktober, 65 Milliarden.

**Der Preis der Silbermünzen.**

Berlin, 27. Okt. Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank erfolgt vom 29. d. M. ab bis auf weiteres zum 7milliardenfachen Betrag des Nennwertes.

**Bericht der Stuttgarter Börse.**

(ECB.) Stuttgart, 26. Okt. Die Börse zeigte auch heute eine feste Haltung. Auf verschiedenen Marktgebieten gab es erhebliche Kurssteigerungen, die man auf schon längere Zeit vorliegende Kaufaufträge zurückführte. Banken fest: Württ. Hypothekbank + 5000 (25000), Württ. Notenbank + 50 (170000), Vereinsbank + 75 000 (100 000). Brauereien stark erhöht: Ravensburg + 23 (40000), Eßlingen + 100 000 (150 000), Reichenmeyer + 90 000 (130 000), Württ. Hohenz. + 170 000 (250 000), Wulle + 70 000 (105 000). Textilwerte gleichfalls stark gestiegen. Erlangen + 380 000 (500 000), Unterhausen + 1,1 Milliarden (1,5 Milliarden), Bietigheim + 350 000 (500 000), Kolb & Schüle + 20 000 (200 000), Pfersee + 200 000 (500 000), Kotteln + 200 000 (500 000), Ruchen + 100 000 (300 000), Weildorf + 100 000 (300 000), Eßlingen + 150 000 (500 000), Blaubeuren + 100 000 (600 000). Maschinen- und Metallwerte sehr fest. Doimler + 12 000 (60 000), Tuttlingen + 300 000 (700 000), Hanja + 60 000 (100 000), Hohner + 270 000 (750 000), Jungghans + 130 000 (250 000), Laupheim Werkzeug + 500 000 (800 000), Eßlingen + 30 000 (110 000), Hesser

+ 20 000 (80 000), Weingarten + 200 000 (350 000), Neckarjulin + 50 000 (100 000), Württ. Metall - 100 (500 000). Sonstige Werte waren gesucht: Bad. Anilin + 290 000 (650 000), Besigheim Del + 350 000 (700 000), Cement Heidelberg + 135 000 (220 000), Deutsche Verlag + 50 000 (150 000), Kaiser Otto 30 000 (130 000), Knorr + 15 000 (115 000), Leibbrand + 5000 (35 000), Kraft Württemberg + 70 000 (150 000), Krumm + 50 000 (100 000), Schleppschiffahrt 100 000 (250 000), Stuttg. Bäder + 100 000 (250 000), Gips + 500 000 (800 000), Zucker + 39 000 (179 000), Württ. Transport + 13 Milliarden (25 Milliarden). Auch im Freiverkehr waren erhebliche Kurssteigerungen zu verzeichnen.

**Märkte.**

(ECB.) Stuttgart, 27. Okt. Heute kosteten in Millionen Mark: Tafeläpfel 480-720, Schüttel-, Fall- und Mostäpfel 240-480, Spalierbirnen 600-720, Tafelbirnen 360 bis 600, Tafeltrauben 1200-1440, Zwetschgen 360-480, Quitten 240-360, Kraut 100-130, Kofkraut 180-240, Köhl 180-240, gelbe Rüben 144-192, Zwiebeln 240 bis 300, Spinat 360-480, Tomaten 240-360 das Pfund; Kopfsalat 24-144, Endivienalat 48-214, Blumenkohl 240-1040, Rettiche 30-144, Kopfkohlraben 48-72 (verlangt wurden 250 und noch mehr), Sellerie 55-2160 das Stück, Kartoffeln, die in ausreichender Menge vorlagen, 400, Butter 22 Milliarden, Schweineschmalz 16, Margarine 11-13, Schmelzmargarine 13-14, Kofosfett 12,5-13, Palmöl 13-13,6, Speisefett 11-16, Knochenfett 14, Rinderfett 11, Salzspeck 11 Milliarden; Emmentalerkäse 2, Schweizer 1,5-1,8, Tilsiter 1,7-1,9, Edamer 2,4; Rahmkäse 1,6-1,8, Backsteinkäse 0,75-1,0 Milliarden die 100 Gramm, Kräuterkäse 0,9 der Stöpel, Camembert 12 Milliarden die sechsteilige Schachtel; Nudeln 7-10, Reis 4-5, Grieß 5,5, Kunsthonig 5-5,5, Erbsen 5-5,5, Bohnen 5, Linsen 5-7, Milchpulver 14 Milliarden das Pfund, Dojennmilch 8,5-14 Milliarden.

(ECB.) Sulz a. N., 27. Okt. (Viehmarkt.) Dem Vieh- und Schweinemarkt waren zugeführt: 1 Fartten, 36 Döhen und Stiere, 16 Kühe 49 Rinder und Kalbinnen, 121 Milchschweine. Erlöst wurde für Stiere 1jährig 60 Goldmark, Stiere 2jährig 2 1/2 Billionen, Stiere 3jährig 4 Billionen 20 Milliarden, 1 Wurfschub 60 Goldmark, Milchschweine pro Paar 40-70 Milliarden. Bei Vieh war der Handel sehr flau.

(ECB.) Winnenden, 27. Okt. (Fruchtmarkt.) Die Zufuhr betrug 27 Ztr. Weizen, 61 Ztr. Hafer, 1,5 Ztr. Dinkel und 3 Ztr. Gerste. Preis für Weizen 110-165 Milliarden für Hafer 80-120, für Dinkel 100 und für Gerste bis 130 Milliarden Mark je Ztr.

Vor der Schriftleitung verantwortlich: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der H. Oelschläger'schen Buchdruckerei Calw.

**Anzeigen-Schlüsselzahl 18 000 000**

Die Nachzahlung für III. und IV. Oktoberviertel ist den Gehaltsempfängern am 27. Oktober 1923 überwiesen worden. **Staatsrentamt Hirsau**

Stadtgemeinde Calw.



**Stammholzverkauf**

im schriftlichen Aufstreich am 8. November 1923, nachmittags 2 Uhr, aus Abteilung Fuchseloch

**200 Fm. I.-V. Kl. Tannen- u. Fichten-Stamm- und Sägholz.**

Auskunft und Losverzeichnisse durch Herrn Förster Winterle. Calw, den 26. Oktober 1923.

Stadtpflege: Frey.

**Sendet deutsche Zeitungen ins Ausland**

**Sie** schädigen sich selbst, wenn Sie sich eine Zeitung halten, die nicht in der Lage ist, Sie mit den Wirtschaftsfragen auf dem Laufenden zu erhalten, die für Sie und Ihre Wirtschaft in Betracht kommen.

**Vor Schaden bewahren Sie sich,** wenn Sie eine Zeitung lesen, die ein genaues Spiegelbild des gesamten Wirtschaftslebens des Reichs gibt. Darum bestellen Sie sofort das „Calwer Tagblatt“, Sie sind dann über Preisbildungen, Käufe und Verkäufe jegl. Art unterrichtet.

**Zwiebel** empfiehlt sachweise und im Kleinen **Otto Jung.**

**Pferde-Kummet** 60 cm groß, sucht zu kaufen, tausche auch Mehl. **Adolf Luz.**

**Brennholz** tauscht gegen Möbel, Mischete, Gediegen.

**Ständig Inferieren bringt Erfolg!**

**An unsere Leser!**

Der stetige Rückgang der Kaufkraft der Mark zwingt uns, den **Bezugspreis unseres Blattes für die laufende Woche auf Mark 2 300 000 000.—** festzusetzen.

**Verlag des „Calwer Tagblatt“.**

**Wem** an der Erhaltung eines von keiner Partei- oder Interessenten-Gruppe beeinflussten Lokalblattes gelegen ist, der unterstütze in seinem Teile unser Blatt. Unterstützen kann uns heute jeder durch Wort und Tat.

**Wer** unser Blatt bereits liest, der Sorge dafür, daß sein Nachbar es hält, wer Kaufabschlüsse tätigt auf Grund von Anzeigen, die in unserem Blatte erschienen sind, der nehme Bezug auf unser Blatt.

**Wer** etwas zu verkaufen hat, der schreibe es in unserm Blatte aus, gerade die kleine Anzeige macht sich bei einem Kauf oder Verkauf durch größeres Angebot oder größere Nachfrage sicher bezahlt.

**Wer** keine Anzeigen aufzugeben hat, der kann uns durch anderweitige Aufträge unterstützen. Er kann seinen Bedarf an Druckerarbeiten, wie Briefbogen, Mitteilungen, Rechnungen, Postkarten, Briefhüllen bei uns decken. Gerade die Notlage des Zeitungsgewerbes zwingt uns, in unserer Akzidenzdruckerei einen Ausgleich zu suchen. Bedenke jeder, daß die Not der Zeitung, deutsche Not ist.

Die glückliche Geburt ihres zweiten **Töchterchens** zeigen hocherfreut an **Dr. iur. Erwin Weber und Frau Martha** geb. Hövelmann.

**Martinsmoos.** Die Gemeinde verkauft am Mittwoch, den 31. ts. Mts., nachmittags 2 Uhr **ca. 20 Fm. Langholz** nach der neuesten Forstlage. **Gemeinderat.**

**Kaufe Felle** aller Art, Jakob Eberhardt, Badstraße 342.

**Zur Haarpflege** empfiehlt echtes **Birkenhaarwasser** Karl Otto Bincon.

**A. OELSCHLÄGER'SCHE BUCHDRUCKEREI CALW**



**Anfertigung von Zeitschriften, Werken, Prospekten, Katalogen usw.**